Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante aktuelle Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen. Heute unter anderem zu folgenden Themen: Griechenland, Volcker, Subventionen für Energiekonzerne, Kraft/NRW, Pharma-Soli, Griechenland und BILD, Hessen, Odenwald-Schule, Zelaya, Illner, CHE-Ranking (PK/AM)

1. Gefährliche Wetten
2. Obamas kauziger Berater
3. EU-Subventionen für Energiekonzerne
4. Kraft entschärft Hartz-IV-Forderung
5. Sprungbrett in den Arbeitsmarkt
6. Union will „Pharma-Soli“ für Krankenkassen
7. Griechen und die Bild-Zeitung
8. Hessen: Neuer Klüngel-Vorwurf gegen Bouffier
9. »Solche Menschen sind geistige Brandstifter«
10. Der kirchliche Makel
11. Missbrauch an der Odenwaldschule
12. Island unterwirft sich nicht
13. Zelaya mit an Spitze von Petrocaribe
14. Entscheidung am Frauentag
15. Propheten und Moneten
16. Der ARD-Film „Bis nichts mehr bleibt“
17. TV-Kritik “Maybrit Illner”
18. „Das CHE-Ranking gehört abgeschafft“

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Gefährliche Wetten**
   Von Robert von Heusinger
   Es ist ungeheuerlich. Eine dunkle Macht ist zurück, ganz urplötzlich, und mitten im Herzen des westlichen Kapitalismus: die Spekulanten. Ihnen müsse das Handwerk gelegt werden, schimpft die Kanzlerin. Es könne doch nicht sein, dass die Spekulanten die Profiteure der Probleme in Griechenland seien.

   Jean-Claude Juncker, der luxemburgische Premierminister, spricht von Folterwerkzeugen, die die Finanzminister im Keller hätten und zeigen könnten.

Juncker ist immerhin gleichzeitig der Chef der Euro-Gruppe, in der die Finanzminister Eurolands versammelt sind. Die amerikanische Regierung lässt sogar gegen Spekulanten ermitteln. Hedgefonds, die sich zur Attacke auf den Euro verabredet haben sollen, sind ins Visier der Behörden geraten.
Was ist nur los im Westen? War die Spekulation nicht das Geschäftsmodell des angelsächsischen Kapitalismus, der bis zum Ausbruch der Krise das dominierende Wirtschaftsmodell werden sollte? Geprägt von der Ideologie freier Märkte sollten durch die forcierte Deregulierung der Kapitalmärkte die Wachstumskräfte freigesetzt werden.
(…)
Quelle: FR

2. **Obamas kauziger Berater**
Paul Volcker ist das Enfant terrible der internationalen Finanzszene. Der 82-jährige Berater des US-Präsidenten will die Bankenwelt revolutionieren – mit Witz und so eigenbrötlerisch wie manche Hollywood-Legende.
Vielleicht hat Barack Obama ihn ja auch nur falsch verstanden. Oder einfach nicht richtig zugehört, als Paul Volcker dem US-Präsidenten neulich zum Frühstück erklärt hat, wie der die Finanzmonster und überhaupt das ganze verdammte System zähmen soll. Später erläuterte Obama der Presse beherzt die revolutionäre “Volcker-Regel”, nach der Schluss ist für Großbanken mit Eigenhandel, Hedge-Fonds und allerlei Teufelszeug, das die Welt an den Abgrund geführt hat. Der entsprechende Gesetzentwurf liegt jetzt beim Kongress.
Verständlich wäre es, wenn Volckers Worte bei Obama falsch angekommen wären. Denn zu verstehen ist tatsächlich kaum etwas, wenn der inzwischen 82-jährige Präsidentenberater munter und fast ohne die Lippen zu bewegen drauflos nuschelt – ein Klangbrei, der jede Dolby-Surround-Technik in die Knie zwingt. So wie am Samstagabend im Berliner Schloss Bellevue, dem Amtssitz des Bundespräsidenten, den Horst Köhler für einige Stunden an die American Academy vermietet hat, damit die ihrem Ehrenstipendiaten Volcker einen würdigen Rahmen für dessen Vortrag zur Finanzmarktregulierung geben kann.
Eigentlich ist Volcker ein Mann von gestern. Von 1979 bis 1987 leitete er die US-Notenbank Federal Reserve (Fed), Fotos von ihm gab es bis vor Kurzem nur in schwarz-weiß. Sein Brillengestell ist wohl das gleiche wie damals, auch seinen verknautschten Anzug hat er souverän in die Neuzeit hinübergerettet. Volcker erinnert an Walter Matthau, die kauzige Hollywoodlegende, die ihren Lieblingsfilmpartner Jack Lemmon mit nonchalanter Schlampigkeit zur Weißglut trieb und ein spätes Comeback feierte. Eigentlich ist Volcker das genaue Gegenteil des jungen, eleganten

Medienprofis Obama.
Und doch ist der Ex-Fed-Chef der Mann, der für den Präsidenten tatsächlich und nicht etwa wegen eines Akustikunfalls das Wall-Street-System vom Kopf auf die Füße stellen soll. Das macht er bei seinem Berliner Auftritt deutlich. "Wir können nicht mehr zulassen, dass große Finanzinstitutionen vom Steuerzahler geschützt werden", sagt Volcker. Laut Redetext zumindest.
Quelle: FTD

3. **EU-Subventionen für Energiekonzerne**
   Die EU-Kommission hat am Donnerstag (4. März) beschlossen, europäischen Energiekonzernen in den kommenden 18 Monaten 2,3 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. "Nie zuvor hat die Kommission einen so hohen Betrag für Energieprojekte bewilligt", sagte der neue EU-Energiekommissar Günther Oettinger. Subventioniert werden 43 große Energieprojekte: Erdgasleitungen und Stromtrassen. Die EU steuert für die Projekte großzügig 50 Prozent der erforderlichen Mittel bei. Unter den Profiteuren sind auch die Energiekonzerne RWE und Vattenfall. Sie schwimmen im Geld, da sie ihren Strom- und Gaskunden mit staatlicher Billigung weit überhöhte Energiepreise in Rechnung stellen.
   Quelle: ngo-online
4. **Hannelore Kraft NRW-SPD**
   a. **Kraft entschärft Hartz-IV-Forderung**
      Gewerkschaften und Sozialverbände sind irritiert angesichts der Forderung der Spitzenkandidatin der NRW-SPD, Arbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Kraft schwächte ihre Aussage nun ab.
      Die stellvertretende SPD-Vorsitzende Hannelore Kraft hat ihre umstrittene Forderung entschärft, Langzeitarbeitslose zu gemeinnütziger Arbeit heranzuziehen. Während FDP-Chef Guido Westerwelle einen Arbeitszwang wolle, gehe es ihr um freiwillige Arbeit, sagte die Spitzenkandidatin der nordrhein-westfälischen SPD für die Landtagswahl dem WDR am Montag. Sie wolle Arbeitslosen eine Chance geben, die auf die 60 zugingen, krank seien oder kaputtgeschuftet und deshalb auf dem regulären Arbeitsmarkt keine Perspektive hätten.
      "Ich möchte auf niemanden Zwang ausüben, ich möchte aber, dass sie die Chance haben zu zeigen, was sie leisten können und was sie leisten wollen im Rahmen ihrer Möglichkeiten", betonte Kraft. Viele Arbeitslose seien in Ein-Euro-Jobs tätig, die sie nach einem Jahr wieder aufgeben müssten, obwohl sie gerne dabeibleiben würden. Diese Menschen könnten künftig auf Dauer sozialversicherungspflichtig beschäftigt und mit mehr als einem Euro pro Stunde bezahlt werden. Dies könne auch eine große Unterstützung für die Kommunen

sein.
Quelle: taz

b. **SPD hartzt weiter**
Mit einem deutlichen »Ja, aber« haben sich SPD-Bundesspitze und der Vorstand des DGB hinter die Vorschläge der SPD-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, für neue »Angebote« an Langzeiterwerbslose gestellt. Kraft hatte am Wochenende in einem Pressebeitrag angeregt, Hartz-IV-Empfänger »für einen symbolischen Aufschlag auf die Regelsätze« gemeinwohlorientierte Tätigkeiten zu ermöglichen. Im SPD-Präsidium habe es »breite Rückendeckung« und »keinerlei Kritik« an den Plänen Krafts gegeben, sagte SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles am Montag in Berlin. (…)
Über die Motive für diesen überraschenden Vorstoß der SPD-Spitzenkandidatin bei den Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen kann nur spekuliert werden. Anscheinend fürchtet sie, daß die rechtspopulistischen Ausfälle der FDP gegen »faule Arbeitslose«, die sich auf Kosten der Steuerzahler einen Lenz machen, auch in der eigenen Klientel auf eine gewisse Resonanz stoßen. Jenen Teil der Wähler, der der SPD wegen ihrer Agenda-2010- und Hartz-IV-Politik ohnehin kritisch bis ablehnend gegenübersteht, ist man anscheinend bereit, kampflos den Linken zu überlassen. …
Quelle: junge Welt

c. **Du da unten…**

5. **Sprungbrett in den Arbeitsmarkt**

Billig- und Teilzeitjobs werden oft als Vernichter von Vollzeitstellen angesehen. Doch laut einer neuen Studie des Kölner IW gilt eher das Gegenteil: Zwischen 2003 und 2008 kamen eine halbe Million Menschen so wieder in Lohn und Brot.
Hamburg – Briefzusteller, Fabrikarbeiter, Friseure – in vielen Branchen ist die flächendeckende Beschäftigung von Niedriglöhnern Usus. Und immer wieder sehen sich die Billigjobber mit einem Totschlag-Argument konfrontiert: Sie seien eine Bedrohung für den Arbeitsmarkt, sagte beispielsweise Jürgen Gohde, der Präsident des Diakonischen Werks. Durch den Zuwachs an Niedriglöhnern würden Vollzeitstellen vernichtet.
Das arbeitgebernahe IW Köln behauptet nun, dass genau das Gegenteil der Fall sei. Laut einer Studie, die das Institut auf Daten des sozioökonomischen Panels stützt, vernichten Billigjobs keine Vollzeitstellen – sie schaffen sogar im großen Stil neue Beschäftigung.
Quelle: SPIEGEL

P.K.: *Eine von vielen „Studien“ des „Institut der Deutschen Wirtschaft“ (IW). Der SPIEGEL dient wieder einmal als Posaune, um Politik und Publikum von den Segnungen der Dumpinglöhne und prekärer Beschäftigung zu überzeugen. Aber: Je kräftiger geblasen, um so unglaubwürdiger.*

Dazu auch:

(IW) betreibt mit einer neuen Arbeitskostenstatistik ziemlich plumpe Arbeitgeberpropaganda

6. **Union will „Pharma-Soli“ für Krankenkassen**
   Mit einem „Pharma-Soli“ wollen die Unionsparteien die Arzneimittelindustrie kurzfristig an der Finanzierung des Gesundheitssystems beteiligen. Die geplanten Strukturreformen würden erst in zwei oder drei Jahren Kosten senken, argumentieren ihre Fachpolitiker. Deshalb solle kurzfristig der Zwangsrabatt von derzeit 6 Prozent, den die Hersteller den Kassen geben müssen, auf 16 Prozent erhöht werden, zugleich sollen Preiserhöhungen für die Dauer von 3 Jahre verboten werden.
   Die Sonderabgabe der Pharmakonzerne würde die Krankenkassen, die sich wie die Opposition dafür stark gemacht haben, um mehr als als 1 Milliarde Euro im Jahr entlasten, sagte der gesundheitspolitische Sprecher von CDU und CSU im Bundestag, Jens Spahn, der F.A.Z. „Angesichts eines Finanzierungsdefizits von 8 Milliarden Euro in diesem Jahr erwarten wir, dass auch die Pharmaindustrie ihren Solidarbeitrag leistet.“ Die Regelung könnte noch 2010 zu Einsparungen führen. Er fügte hinzu: „Wir müssen das Preisdiktat der Arzneimittelhersteller brechen.“
   Quelle: FAZ

   P.K.: *Ministerium erwartet Einsparungen „in Milliardenhöhe“; „Der Mehrwert eines neuen Medikaments muss tatsächlich erwiesen werden“. Diese Sprechblasen hören wir seit Jahren von den politisch Verantwortlichen im Bund. Wenn es Ernst werden sollte mit Einsparungen und dem Nachweis des Mehrwerts von Medikamenten macht die Pharmaindustrie „Buh!“ und alles bleibt wie es immer war.*
   Ich denke, Rösler und seine Freunde in der CDU sollen wegen der geforderten unpopulären Kopfpauschale für kurze Zeit erstmal ein wenig aus der Schusslinie genommen werden. Nach der NRW Wahl sieht man dann weiter.

7. **Griechen und die Bild-Zeitung**
   Es sind ein paar hundert Meter Luftlinie vom Axel-Springer-Platz in Berlin bis zur griechischen Botschaft in der Jägerstraße. Wenn man also bei der Bild-Zeitung arbeiten würde und die Aufgabe hätte, die Finanzkrise in Griechenland zu

beschreiben, dann könnte man – wenn man denn verschiedene Meinungen zu den Hintergründen einholen wollte – zu Fuß hingehen. Aber man müsste nicht einmal das tun, man könnte auch anrufen. Die Botschaft hat ein Pressebüro, und der Bild-Reporter könnte sich durchstellen lassen zu dem Leiter dieses Büros. Das dauert ein paar Sekunden. Und könnte schon ein paar Dinge ins Wanken bringen, die in der Bild-Zeitung in den letzten Tagen behauptet wurden.
Der Leiter des Pressebüros der griechischen Botschaft in Berlin ist 1945 geboren, wenn es also stimmen würde, was in der Bild-Zeitung steht, dass nämlich griechische Beamte spätestens mit Mitte fünfzig in Rente gehen, dann dürfte er da gar nicht sitzen. Er würde dann seit mehr als zehn Jahren seine Rente genießen, die ja nach den Recherchen der Bild-Zeitung fast 100 Prozent seines Gehaltes ausmacht – wobei in der Bild nicht steht, dass es sich dabei nur um das Grundgehalt handelt, während das, was sie tatsächlich überwiesen bekommen, in weiten Teilen Zuschläge sind. Die Diplomaten an der Botschaft werden in Wahrheit bestenfalls 15 oder 20 Prozent ihres Gehaltes als Rente bekommen, wenn überhaupt. So wie alle diese griechischen Beamten, von denen die Bild-Zeitung und andere gerade behaupten, sie wären es, die ein winzig kleines Land am Rande Europas nah an den Ruin getrieben haben, und nicht die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten.
Quelle: Print Würgt

Anmerkung unseres Lesers G.K.: *In Sachen Stimmungsmache gegen Griechenland wird von vielen deutschen Politikern und Medien nahezu täglich eine neue Sau durchs Dorf getrieben. Dabei ist es völlig belanglos, ob die jeweils neueste "Sau" überhaupt eine maßgebliche Ursache für die aktuellen griechischen Probleme ist. Beispiel: Die momentan hochgekochte, deutlich ausgeprägte griechische Korruption. Diese ist jedoch keineswegs eine neue Erscheinung in Griechenland. Vielmehr gab es die griechische Korruption bereits in der Vor-Euro-Zeit, was die Vermutung nahe legt, daß diese, im Gegensatz zum deutschen Lohndumping, keine maßgebliche Ursache für die heutigen griechischen Probleme ist. Nebenbei bemerkt: Wer selbst im Glashaus sitzt, sollte nicht derart heftig mit Steinen werfen. Man denke z.B. an die erst kürzlich bekanntgewordene "Rent-a Rüttgers"-Korruption.*

8. **Hessen: Neuer Klüngel-Vorwurf gegen Bouffier**
   Die SPD wirft Innenminister Volker Bouffier (CDU) Rechtsbruch vor. Er soll einen Parteifreund zum Chef der Bereitschaftspolizei ernannt haben, obwohl ein Gericht dies untersagt hatte. Bouffier wies die Vorwürfe zurück.
   Quelle: hr-online
9. **»Solche Menschen sind geistige Brandstifter«**

Wiesbadener Bündnis gegen rechts mobilisiert gegen Sarrazin-Auftritt im Hessischen Integrationsministerium.
Manuela Schon ist Sprecherin des Wiesbadener Bündnisses gegen rechts
Das Wiesbadener Bündnis gegen rechts ruft am heutigen Dienstag zu einer Protestkundgebung gegen den Besuch Thilo Sarrazins im hessischen Justiz- und Integrationsministerium auf. Das Mitglied des Aufsichtsrats der Bundesbank hat sich mehrfach demagogisch hervorgetan. Der Protest richtet sich auch gegen seinen Gastgeber, den hessischen Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn (FDP). Was kritisieren Sie?
Es ist ein Skandal, daß Hahn eine Person wie Sarrazin einlädt. Sarrazin ist Rassist in zweierlei Hinsicht. Erstens verunglimpft er mit seinen Äußerungen permanent Leistungsberechtigte, die Arbeitslosengeld II beziehen. Er gibt unsägliche und zynische Spartips und reiht sich somit in die Sozialschmarotzerdebatte ein, die neben ihm vor allem der Bundesaußenminister Guido Westerwelle und der hessische Ministerpräsident Roland Koch führen. Auf diese Diskussion bezogen kann man von Sozialrassismus sprechen. Zweitens fällt Sarrazin ständig durch islamfeindliche Äußerungen auf. Immer wieder wirft er Türken und Arabern vor, daß sie integrationsunfähig und -unwillig seien und keine produktive Funktion für Deutschland hätten, außer »ständig neue Kopftuchmädchen zu produzieren« und »im Obst- und Gemüsehandel« tätig zu sein. Das geht aber an der Realität vorbei. Es ist eindeutig erwiesen, daß Personen mit Migrationshintergrund mehr Arbeitsplätze schaffen als sie in Anspruch nehmen.
Daß Sarrazin diese Vorurteile ausgerechnet bei einer Veranstaltung im hessischen Integrationsministerium unter dem Slogan »Freiheit, die ich meine …« verbreiten kann, ist absolut daneben und stellt eine Provokation dar.
Quelle: junge Welt

10. **Der kirchliche Makel**
Ein Missbrauchsfall nach dem anderen kommt ans Licht. Es zeigt sich: Für die Kirche zählt der schöne Schein noch immer mehr als das Wohl der Kinder.
Wer durch deutsche Landschaften geht, erfährt an jeder Ecke, wie sehr das Christentum dieses Land geprägt hat: An den Autobahnen laden Kapellen zur Rast. An Wegen wachen Marienstatuen über die Wanderer. Auf den Bergen ragen Gipfelkreuze in die Höhe, und zumindest im Süden der Republik hängen Kruzifixe in Klassenzimmern und Gerichtssälen.
Wenn Politiker das christliche Abendland preisen, dann klingt das zwar aufgesetzt, aber falsch ist es nicht: Deutschland ist tief geprägt von seiner christlichen Geschichte. Staat und Kirche sind in einem Maße miteinander verwoben, wie es in vielen anderen europäischen Ländern unvorstellbar ist. Der Staat zieht die

Kirchensteuer ein, er zahlt aus Steuermitteln das Gehalt der Bischöfe, er gibt Geld für jeden kirchlichen Kindergartenplatz.
Auch deshalb trifft die Missbrauchskrise die katholische Kirche mit besonderer Härte. Fast täglich bekennen sich Priester und Ordensleute nun dazu, dass sie Kinder missbraucht und geschlagen haben, dass sie davon gewusst, aber die Polizei nicht informiert haben. Das erschüttert eine Gesellschaft, die bisher großes Vertrauen in die Erziehungsleistung der Kirche setzte
Quelle: SZ

11. **Missbrauch an der Odenwaldschule**
Gemobbt, geschlagen, vergewaltigt
Die Odenwaldschule, pädagogisches Vorzeige-Projekt, wird von ihrer Vergangenheit eingeholt. Über Jahrzehnte sollen dort Schüler missbraucht worden sein. Doch die massiven Vorwürfe von Ex-Schülern wurden immer wieder heruntergespielt.
Am 17. April 2010 feiert die Odenwaldschule ihr 100-jähriges Bestehen. Im Kurfürstensaal des Kurmainzer Amtshofs zu Heppenheim wird eine Ausstellung über das Vorzeigeprojekt der Unesco eröffnet. Später dann, im Juli, beginnt die eigentliche Festwoche, die Kammerphilharmonie Bremen spielt auf, viele prominente Altschüler geben sich im Südhessischen die Ehre, darunter die Moderatorin Amelie Fried. Es könnte eine rauschende Party werden. Aber es wird wohl nicht so kommen. Denn in diesen Tagen ist die Odenwaldschule (OSO) endgültig von ihrer eigenen Vergangenheit eingeholt worden.
Quelle: FR
12. **Island unterwirft sich nicht**
Mehr als 93 % Nein-Stimmen – in einer Deutlichkeit, wie man sie bei demokratischen referende selten sieht, haben die isländischen Wähler das gesetz verworfen, das ihnen bei der Tilgung der Auslandsschulden der Pleite gegangenen Internetbank Icesave untragbare Bürden auferlegt hätte.
Das Votum der Bevölkerung im Icesave-Fall muss den EU-Ländern eine Lehre sein.
Quelle: FR
13. **Zelaya mit an Spitze von Petrocaribe**
Gestürzter Präsident leitet fortan Politkommission der Regionalallianz. Kampagne für Rückkehr zur Demokratie in Honduras
Der durch einen Staatsstreich gestürzte honduranische Präsident Manuel Zelaya ist am Samstag zum Chefkoordinator des kürzlich geschaffenen politischen Rates des energiepolitischen Zusammenschlusses Petrocaribe ernannt worden. Wie der venezolanische Außenminister Nicolás Maduro informierte, wurde die Entscheidung gestern während eines Treffens zwischen Zelaya und dem venezolanischen Präsidenten Hugo Chávez getroffen. Der Zweck des neuen Gremiums liege in der

Stärkung und verbesserten Entwicklung der lateinamerikanischen Demokratien.
Quelle: amerika21.de

14. **Entscheidung am Frauentag**
Oberhaus in Neu-Delhi ändert Verfassung und reserviert Inderinnen ein Drittel der Parlamentssitze
Während weltweit am Montag der Internationale Frauentag begangen wurde, haben die Abgeordneten im Oberhaus des indischen Parlaments trotz einer turbulenten und kontroversen Debatte mehrheitlich für eine Quotenregelung in der Verfassung gestimmt. Sie soll künftig Inderinnen 33 Prozent der Abgeordnetensitze im Unterhaus und in den Parlamenten der Bundesstaaten sichern. Obwohl Indien eine Staatspräsidentin, mehrere weibliche Chefministerinnen in den Bundesstaaten, Meira Kumar als Parlamentssprecherin, Sonia Gandhi als Vorsitzende der ältesten Partei des Landes, Richterinnen, Pilotinnen, Ministerinnen und Polizistinnen hat, waren Frauen in den Volksvertretungen mehr als 60 Jahre lang hoffnungslos unterrepräsentiert. Unter 545 Parlamentariern sitzen im Unterhaus lediglich 59 Frauen auf den Abgeordnetenbänken. Damit sich das ändert, muß auch das Unterhaus dem neuen Gesetz zur Quotenregelung zustimmen. Erst danach kann es in Kraft treten, und erst dann würde sich die Zahl weiblicher Abgeordneter auf 181 im Unterhaus des Zentralparlaments erhöhen.
Quelle: junge Welt
15. **Propheten und Moneten**
Die Reportage trägt Namen “Propheten und Moneten” und befasst sich mit dem Phänomen von Prognosen und Vorhersagen, wie treffsicher und glaubwürdig sie wirklich sind, in wessen Interesse sie angefertigt werden und wie bisweilen damit manipuliert wird, um politische oder privatwirtschaftliche (Einzel)-Interessen durchzusetzen.

Im Internet in der Mediathek des Ersten anzuschauen
16. **Der ARD-Film „Bis nichts mehr bleibt“** erzählt die wahre Geschichte einer Familie, die zerrissen wird von Scientology. Das Urteil ist eindeutig: Scientology ist eine totalitäre Gefahr.
Will Scientology den ARD-Film verhindern? “Das ist noch offen”, sagt ein Sprecher.
Foto: SWR/Christine Schroeder
Jürg Stettler ist bestens informiert. Gerade sei in München eine Vorführung gewesen, sagt der Sprecher von Scientology Deutschland. “Da waren wir auch nicht eingeladen.” Wie er so schnell von dem Termin Mitte vergangener Woche erfahren hat, sagt er nicht. Der Südwestrundfunk (SWR) hatte nur wenige Journalisten in ein Programmkino eingeladen.

Alle wurden mit Handschlag begrüßt, DVDs zum Mitnehmen gab es “aus Sicherheitsgründen” keine. Das offenbar geheimnisvolle Projekt will die ARD am 31. März um 20:15 Uhr zeigen. Ob es soweit kommt, ist noch nicht sicher
Quelle: SZ

17. **TV-Kritik “Maybrit Illner”**
Harmonie IV
Keiner in der Runde will so richtig mitspielen bei Maybrit Illners Spiel, sich einen neuen Begriff für Hartz IV auszudenken. Dabei ist Ursula von der Leyen doch ganz unzufrieden damit, dass ein Wort negativ besetzt ist, hinter dem sich 6,7 Millionen Arbeitslose verbergen.
So hat sich Illners Redaktion denn auch extra etwas Pfiffiges ausgedacht, um die Begriffsschöpfung im Sinne von der Leyens voran zu treiben: Erst Leute auf der Straße befragen – soll ja volksnah sein. Die schlagen zum Beispiel vor: “Von der Leyen 1”. Oder “Doofes Geld für Arme”. Und dann die vom ZDF beauftragte Werbeagentur zur seriösen Vertiefung des Spiels ins Boot holen. (…)
In der Gesprächsrunde jedenfalls will von der Leyen, an diesem Abend in seriösem Grau, die “Gemeinschaftsleistung” von Hartz IV betonen – Illner schlägt daraufhin “Harmonie IV” vor, womit wir leider schon beim lustigsten Illner-Spruch des Abends mit dem Thema “Reformruine Hartz: noch mehr Geld für keine Arbeit?” angekommen sind – (Anlass ist das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die größte Sozialreform Deutschlands teilweise für verfassungswidrig erklärt hat) –
Quelle: FR
18. **„Das CHE-Ranking gehört abgeschafft“**
Das CHE-Hochschulranking gerät angesichts des Ausstiegs von immer mehr Hochschulen, Fakultäten und Instituten in zunehmende Legitimationsschwierigkeiten. Studis Online sprach vor diesem Hintergrund mit Clemens Knobloch, Professor am Fachbereich 3 der Uni Siegen, der im vergangenen Jahr den Ausstieg aus dem Ranking beschlossen hat, über das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE), Hochschulrankings und die Bertelsmannstiftung.
Quelle: Studis online